



Hamburgs-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 41

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis (M.), 50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Str. 1, Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 10. Oktober 1914

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-
pareillezeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzusenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

28. Jahrg.

Die Wirkung des Krieges auf unsere Berufs- und Organisationsverhältnisse.

Der kurzen Mitteilung in der letzten Nummer des „Hamburgs-Anzeiger“ über eine vom Vorstand unseres Verbandes Anfang September vorgenommene Erhebung lassen wir hiermit eine eingehendere Darstellung des ermittelten Zahlenmaterials folgen. (Dabei haben wir noch einige verspätet eingegangene Fragebogen mitverarbeitet.)

In unserer Erhebung haben sich beteiligt 146 Filialen des Verbandes mit 265 Orten. Unsere allgemeine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Malergewerbes im Jahre 1912 erstreckte sich auf 411 Orte. Die demnach jetzt nicht erfaßten 146 Orte sind zwar, weil es meist kleinere sind, von keiner großen Bedeutung; immerhin zeigt ihr Versagen im gegebenen Moment, wie vor allem durch den Wechsel, der infolge des unerwarteten Kriegsausbruches in vielen Verwaltungen besonders kleiner Orte stattgefunden hat, die Verbandsaktivität zunächst beeinträchtigt wurde. In verschiedenen Kleinstädten und ländlichen Orten, zumal in den vom Feinde bedrohten Grenzgebieten, sind überhaupt keine Mitglieder vom Militärdienst verschont geblieben. Weiter dient als Entschuldigung für das teilweise Ausbleiben der von uns geforderten Angaben, daß die Statistik diesmal sehr schnell abgeschlossen werden mußte und darum nicht systematisch vorbereitet und überwacht werden konnte.

In den von der Erhebung erfaßten 265 Orten ermittelten wir zurzeit 19285 Arbeitgeber; im Jahre 1912 in 411 Orten 22148. Die Zahl der Anfang September festgestellten Gehilfen betrug 84454 gegen 87788 im Jahre 1912. Zählen wir zu den jetzt ermittelten 84454 arbeitenden Gehilfen noch 10587 zum Militär eingezogene und 12597 arbeitslose hinzu, so ständen 86498 Gehilfen bei der jetzigen Erhebung den 87788 vom Jahre 1912 gegenüber.

Nach diesen Feststellungen haben wir diesmal im Vergleich zu 1912 weniger ermittelt: 2858 (12,9 pZt.) Arbeitgeber und 11290 (16,6 pZt.) Gehilfen. Diese niedrigeren Ziffern dürften in der Hauptsache auf das Fehlen von 146 nicht erfaßten Orten, zum geringen Teil darauf zurückzuführen sein, daß unsere Statistik 1912 in der günstigsten Frühjahrsaison, die vorliegende aber unter sehr gedrückten Verhältnissen vorgenommen wurde. Das sind so gegensätzlich wirkende Tatsachen, daß sich ihnen die Auskunfterteilenden sicher dort, wo nicht ganz genaue Unterlagen gegeben sind, nicht völlig entziehen konnten.

Von den ermittelten 19285 Arbeitgebern beschäftigten 9687 Gehilfen; das ist ein normales Verhältnis. — Lehrerlinge wurden diesmal 8945, im Jahre 1912 dagegen 12039 festgestellt; also bei der jetzigen Erhebung 25,7 pZt. weniger. Das würde, verglichen mit den oben wiedergegebenen Feststellungen über die Zahl der Meister und Gehilfen, auf eine allgemeine Abnahme der beschäftigten Lehrlinge schließen lassen.

In den von der Statistik erfaßten 146 Filialen unseres Verbandes hatten wir am Schlusse des zweiten Quartals dieses Jahres 47583 Mitglieder. Davon sind 10567 oder 22,2 pZt. bis Anfang September zum Militär eingezogen worden. Wir erwähnten schon in unserer flüchtigen Betrachtung im letzten „Hamburgs-Anzeiger“, daß die Zahl in Wirklichkeit noch etwas größer ist, weil ein Teil der in den ersten Tagen der Mobilmachung eingezogenen, besonders unverheirateten Kollegen sich nicht abgemeldet hat und weil fortgesetzt weitere einberufen werden. Jedenfalls bedeutet es für eine Organisation, die auf der ständigen Anteilnahme aller ihrer Glieder an sämtlichen Verbandseinrichtungen beruht eine kolossale Belastungsprobe, wenn ihr plötzlich nahezu der vierte Teil, darunter wirklich nicht die schlechtesten Kräfte, entzogen werden. Die entstandenen Lücken wieder auszufüllen, die eingerissene Verstärkung wieder zu verschaffen, die alte Zuversicht und Begeisterung für unsere Sache wieder zu verbreiten war eine schwere, aber, wie wir behaupten können, trotzdem gelungene Aufgabe.

Von den zum Militär einberufenen Mitgliedern sind 6240 oder 59 pZt. verheiratet. Die Kollegen, die man im

Laufe der Zeit noch einzieht, gehören zum weitaus größten Teil den älteren Jahrgängen an und sind wohl meistens auch verheiratet.

Zu den zunächst schweren Verlusten durch die unvermittelt zum Kriegsdienst abgerufenen Kollegen kam noch die ebenso elementar einsetzende große Arbeitslosigkeit. — 12597 Gehilfen wurden davon betroffen; davon ließen sich 5848 in unsere Kontrolllisten für Arbeitslosenunterstützung und beitragsfreie Marken eintragen. Diese Zahl ging bis Anfang September auf 4412 zurück und wird jetzt noch weiter gesunken sein. Dazu hat wesentlich beigetragen der inzwischen überholte Umzugstermin mit seiner stets vorübergehend sich bietenden Arbeitsgelegenheit und die in einer Reihe besonders der größten Städte durchgeführte Arbeitszeitverkürzung. Hierzu kommt, daß das Wirtschaftsleben Deutschlands eine ganz erstaunliche Festigkeit gezeigt hat. Ferner haben die andauernden günstigen Nachrichten von den Kriegsschauplätzen das erst so düster anmutende Bild belebt. Auch daß die Verteuerungen der wichtigsten Existenzmittel der breiten Volksmassen nicht in größerem Maße eingetreten sind, daß unsere Organisationen sich von vornherein bereit erklärten, ihre Mittel zur Linderung eintretender Notstände aufzuwenden und so die verschiedensten Behörden und die private Wohltätigkeit zu mancher sozialen Tat anspornten, hat die erst bestürzten Gemüter wieder aufgerichtet und den Organisationen von neuem eingeordnet. — Gewiß wird die Arbeitslosigkeit in den nächsten Wochen noch bedeutend zunehmen. Doch, haben wir die ersten beiden Monate tapfer überwunden, so soll uns auch vor der Zukunft nicht bangen. Der Geist, der aus den Kollegen spricht, die bisher mutvoll aushielten und die Ueberzeugung, daß der Organisationsgedanke unerschütterlich in der Arbeiterschaft wurzelt, läßt uns hoffen, daß der Krieg den Bestand unseres Verbandes nicht erschüttern kann.

Im Laufe dieser Tage nehmen wir eine neue Erhebung vor. Wird dieser mindestens wieder in den bisher erfaßten Orten die größte Beachtung geschenkt, so wird sie eine weitere Grundlage zur Beurteilung unserer Berufs- und Organisationsverhältnisse bieten und den Vorstand in die Lage setzen, seine weiteren Maßnahmen den gegebenen Verhältnissen anzupassen. — Der Krieg ist noch lange nicht beendet, viele Pläne warten noch der Erfüllung. Kommen später unsere jetzt von tausend Gefahren umgebenen bisherigen Mitstreiter wieder zurück und heißt es dann antreten, um bei der Neuordnung der Verhältnisse auf dem Posten zu sein, damit man uns nicht unbeachtet beiseite stehen läßt, so wird auch unser Verband in gewohnter Weise seine Pflicht erfüllen können.

Die oben besprochenen statistischen Feststellungen beweisen, daß die Erschütterungen, die wir in den letzten Monaten erlebten, in Rücksicht auf die durchgemachten weltgeschichtlichen Ereignisse unvermeidlich, ja selbstverständlich waren. Halten wir darum auch ferner alle weiter wie bisher zu unserer gemeinsamen Sache und sehen wir zunächst, ob die nächste statistische Aufnahme unsere jetzt gezogenen Schlußfolgerungen stützt.

Praktische Kriegshilfe! Volksfürsorge-Kriegsversicherungskasse.

Mit Genehmigung des Kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung errichtet die Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft in Hamburg, über die Dauer des Krieges 1914 eine Volksfürsorge-Kriegsversicherungskasse. Der Zweck der Kasse ist, den Hinterbliebenen der im Felde Gefallenen und der durch Verwundung oder Krankheit infolge des Krieges Gestorbenen nach Beendigung des Krieges zur Ueberwindung der ersten Not eine größere Summe Geldes zur Verfügung zu stellen. Das Risiko des Todes ist bei dem jetzigen Kriege für alle Beteiligten ein sehr großes. Es ist deshalb für die Angehörigen aller Kriegsteilnehmer wichtig und empfehlenswert, sich durch Beteiligung an der Kriegsversicherungskasse für den eintretenden Fall den Anspruch auf eine beträchtliche Summe zu erwerben.

Die Volksfürsorge stellt diese Versicherungsmöglichkeit im Einverständnis mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und mit dem Vorstande des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine allen Angehörigen und Freunden von Kriegsteilnehmern irgendwelcher Art im ganzen Deutschen Reich in uneigennützigster Weise zur Verfügung.

Um die Beteiligung allen Kreisen zu ermöglichen, werden Anteilscheine zu M 5 ausgegeben. Für einen zu Versicherenden können nicht mehr als 20 Anteilscheine erworben werden.

Familienangehörige, Verwandte, Freunde, Arbeitgeber, Kollegen, Genossen, gewerkschaftliche, genossenschaftliche, politische oder gefellige Vereine können auf den Namen eines Kriegsteilnehmers zugunsten bestimmter Empfangsberechtigter Anteilscheine erwerben.

Die ganze, auf Anteilscheine eingegangene Summe wird nach Beendigung des Krieges nach dem Verhältnis der Zahl der verstorbenen Kriegsteilnehmer und der für sie entnommenen Anteilscheine restlos aufgeteilt und an die Empfangsberechtigten zur Auszahlung gebracht.

Der Bezug und die Bezahlung der Anteilscheine kann bei dem Hauptbureau der Volksfürsorge in Hamburg 6, Beim Strohhause 38, (Postcheckkonto Nr. 7068) und bei deren sämtlichen Rechnungsstellen in den größeren Orten des ganzen Deutschen Reiches erfolgen.

Die Vermittlung zur Erwerbung von Anteilscheinen übernehmen alle Orts- und Bezirksverwaltungen der der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften sowie alle dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angehörenden Konsumvereine und deren Sekretariate.

Je größer die Zahl der Beteiligten, um so jebensreicher das Resultat!

Die Volksfürsorge-Kriegsversicherungskasse ist aufgebaut auf dem sozialen Grundsatz: Alle für einen und einer für alle.

Der glücklich mit dem Leben davonkommende Krieger hilft der Familie des minder glücklichen Kameraden! Wer praktische Kriegshilfe für die Familien gefallener Krieger leisten will, der kaufe für sie Anteilscheine der Volksfürsorge-Kriegsversicherungskasse in Hamburg.

Der Aufsichtsrat der Volksfürsorge,
G. Bauer.

Der Vorstand der Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Genossenschaftl. Versicherungsaktiengesellschaft.
A. v. Elm. Fr. Lesche.

Bedingungen der Volksfürsorge-Kriegsversicherungskasse.

§ 1. Die Volksfürsorge-Kriegsversicherungskasse gewährt den Hinterbliebenen von Angehörigen des deutschen Heeres und der deutschen Marine und den Hinterbliebenen von Angehörigen des österreichisch-ungarischen Heeres und der österreichisch-ungarischen Marine, deren Domizil bis zum Ausbruche des Krieges das Deutsche Reich war, sowie den Hinterbliebenen derjenigen, die zur Kriegsdienstleistung ausgehoben sind oder freiwillig am Kriege teilnehmen, einen Versicherungsanspruch für den Fall, daß der Tod des versicherten Kriegsteilnehmers während seiner Teilnahme an dem im Jahre 1914 ausgebrochenen Krieg oder innerhalb dreier Monate nach Friedensschluß infolge einer während der Kriegsdienstleistung erlittenen Verletzung, Verunglückung oder Erkrankung eintritt.

§ 2. Die Mittel zur Befriedigung dieser Ansprüche werden durch Bareinzahlungen der versichernden Personen aufgebracht. Für jeden Kriegsteilnehmer einmalig oder wiederholt Anteilscheine erworben werden, die auf den Namen des Versicherten lauten und je M 5 kosten. Für einen Kriegsteilnehmer dürfen insgesamt nicht mehr als 20 Anteilscheine gelöst werden.

Rolleger! Vergesst nicht, in dieser ernstesten Zeit den Verband hochzuhalten! Werbt neue Mitglieder, schließt fester denn je die Reihen!

§ 3. Die Versicherung beginnt mit der Leistung der Prämienzahlungen oder mit der Einzahlung bei der Post, sofern die unmittelbare Todesursache des Versicherten bis zu diesem Augenblick noch nicht eingetreten war. Einlagen, die nach Eintritt der unmittelbaren Todesursache geleistet werden sind, berechnen zu keinem Anspruch und werden zurückbehalten.

Versicherte, welche in der Erwartung, zur Kriegszeit herangezogen zu werden, Anteilscheine erworben haben oder für die Einzahlungen geleistet sind, erhalten, wenn sie zur Kriegsdienstleistung nicht herangezogen werden, auf Antrag den eingezahlten Betrag zurück. Der Antrag ist spätestens drei Monate nach Friedensschluss dem Vorstande der Volksfürsorge einzureichen.

§ 4. Die Kriegserbverfälle sind der Volksfürsorge unverzüglich, spätestens jedoch vier Monate nach Friedensschluss anzuzeigen und durch behördliche Papiere nachzuweisen. Bei späteren Anzeigen besteht kein Anspruch auf die Leistungen; jedoch sollen nicht ausdrücklich angemeldete Kriegserbverfälle, welche der Volksfürsorge innerhalb der genannten Frist auf anderem Wege bekannt geworden sind, als rechtzeitig angemeldet gelten.

Den Verstorbenen werden diejenigen Versicherten gleichgestellt, welche vier Monate nach Friedensschluss als „Vermisste“ in den amtlichen Listen aufgeführt werden. Der Nachweis hierfür ist von den Anspruchshebenden zu erbringen.

§ 5. Der Versicherungsanspruch richtet sich nach der Summe der Gesamteinzahlungen bei Beendigung des Krieges, nach der Anzahl der Verstorbenen und der auf diese gelösten Anteilscheine. Die Summe der Einzahlungen wird nach dem Kriege im Verhältnis der auf die Verstorbenen ausgestellten Anteilscheine aufgeteilt.

Die Auszahlung soll spätestens sechs Monate nach Friedensschluss gegen Rückgabe der Anteilscheine an diejenigen Personen erfolgen, zu deren Gunsten die Versicherung abgeschlossen wurde. Die Volksfürsorge ist ohne weitere Prüfung der Empfangsberechtigung zur Auszahlung an den Inhaber der Anteilscheine berechtigt. Abschlagszahlungen können schon früher geleistet werden.

*

Die von der Volksfürsorge mit unserm Einverständnis eingerichtete Versicherungsmöglichkeit empfehlen wir unsern Organisationen zu recht reger Benutzung.

Gewerkschaftliche Zentral-, Bezirks- und Ortsverwaltungen, Kollegienkreise einzelner Geschäfte können durch Entnahme von Anteilscheinen die Angehörigen infolge des Krieges verlorener Kollegen in wirksamer Weise unterstützen. Genossenschaftliche Organisationen können die aus ihren Personalien ins Feld gezogenen Angestellten allein oder in Gemeinschaft mit den Angehörigen versichern; sie können auch unbemittelten Angehörigen die notwendigen Summen zur Lösung von Anteilscheinen aus den Rücklagen ihrer Mitglieder zur Verfügung stellen.

Jedenfalls bitten wir unsere Organisationen, die Angehörigen aller am Kriege teilnehmenden Mitglieder auf die Volksfürsorge-Kriegsversicherungsstufe aufmerksam zu machen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands,
J. A. C. Legien.

Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine,
gez. Heinrich Kaufmann, Dr. Aug. Müller,
Hugo Bäßlein.

Die neue Reichsanleihe.

Wohl noch niemals hat in der internationalen Wirtschaftsgeschichte eine Anleihezeichnung eine solche Höhe erreicht wie in Deutschland am abschließenden 19. September. Die Regierung hatte eine Milliarde Mark für Sachanweisungen angezogen (in fünf Halbjahresraten vom 1. Oktober 1913 ab auslosbar). Für die eigentliche Reichsanleihe bis 1. Oktober 1914 unfindbar, das heißt nicht unter 5 pZt. bis dahin verzinsbar) war der Betrag freigelassen. Am 20. September meldete das Reichliche Telegraphenbureau die Zeichnung von insgesamt 420 Milliarden Mark, abgesehen von einigen noch ausstehenden Teilergebnissen, die bei den Poststörungen nicht immer zu rechter Zeit die Zentralplätze der Zeichnung und Berichterstattung erreichen konnten. 126 Milliarden entfielen dabei auf die Sachanweisungen, 294 Milliarden auf die Anleihen. Da das Zeichnungsformular aber die Festanweisungen enthält: „Soweit meine Zeichnung auf Sachanweisungen bei der Zustellung nicht berücksichtigt wird, bin ich einverstanden, daß statt Sachanweisungen auch Reichsanleihe zugeweiht wird“, so können wir neben der festgelegten 1 Milliarde längerlaufender Werte auf 294 Milliarden darunter Darlehen. Sicher ein erhebliches Zeichen sowohl der wirtschaftlichen Volkskraft wie des unerschütterlichen Vertrauens auf Deutschlands politische Gegenwart und Zukunft.

Im Jahre 1870 folgte die Anleiheaufnahme viel rascher dem Kriegsbeginn (15. Juli), und sowohl die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wie der Glaube an deutsche Erfolge zeigten sich bei diesem ersten Anlauf durchaus nicht in bestem Lichte. Der Norddeutsche Bund forderte, mit Zeichnungstermin vom 3. und 4. August, zunächst für Kriegszwecke nur 120 Millionen Taler, gleich 360 Millionen Mark. Die Verzinsung lautete, wie heute, auf 5 pZt.; die Ausgabe sollte zum Kurse von 88 für das Hundert geschehen (heute 97,50 oder bei Sperre bis zum 16. April 97,30). Obwohl die Preussische Bank, um das Risiko möglichst abzuschwächen, im letzten Augenblick noch 5 Millionen Taler der Anleihe übernahm und die Gemeindevverwaltungen vielfach, wie ja heute auch, in die Presse sprangen, blieb die erste Zusammenstellung bei 68 Millionen Talern, gleich 204 Millionen Mark; nur wenig über die Hälfte war gedeckt. Heute ist die Zeichnung eine so unerwartet reiche, daß die ursprünglich angelegten Spälestfristen der wirklichen Bezahlung (40 pZt. des zugeteilten Betrages am 5. Oktober, 30 pZt. am 26. Oktober, 30 pZt. am 26. November) zum Teil weiter hinausgeschoben werden konnten; nach der ersten Rate von 40 pZt. am 5. Oktober brauchen nur weitere 20 pZt. bis 20. Oktober, 20 pZt. bis 26. November und die restlichen 20 pZt. bis 22. Dezember entrichtet zu werden; nur für die Beiträge bis 1000 einschließlich ist der 5. Oktober der Vollzahlungstag geblieben.

Die Ansicht und das Urteil der entscheidenden Instanzen, vor allem der Reichsbankleitung, haben sich auch bei dieser Gelegenheit bewährt. Eine zu frühe Forderungnahme der vom Reichstage bewilligten Kriegskredite wäre auf einen anfangs vollkommen desorganisierten, von den ersten Panikfällen noch schwer erschütterten Markt gestiegen. Können doch bis zur Stunde die deutschen Börsen noch nicht an ihre Wiedereröffnung denken, weil vorläufig auf eine ruhige, gleichmäßige Wechselwirkung von Angebot und Nachfrage, frei von plötzlichen Störungen der Kriegszwischenfälle und einer abnorm erregten öffentlichen Meinung, noch immer nicht zu hoffen ist, und weil unsteife, allgemein weitläufige Kurschwankungen nur einen neuen Kern der allseitigen Verwirrung bilden würden. Andererseits galt es, nicht allzulange zu zögern, weil später, unter dem Nachlassen der großen ersten Siegesentwürde, sehr leicht eine gewisse Stimmungänderung eintreten kann, von der allmählichen Erläuterung der überanspannten wirtschaftlichen Kräfte ganz abgesehen.

Nach allen persönlichen Beobachtungen und Presse-mitteilungen ist kaum zu bezweifeln, daß die weitesten Kreise ihre Spargelder und kleinen Geldschätze dem Reich nach Möglichkeit zur Verfügung gestellt haben. In diesem Sinne handelte es sich in der Vorwoche um eine Volksanleihe, wie sie noch niemals aufgebracht wurde. Und weiter um einen Triumph jener wirtschaftlichen Organisationenstätigkeit, die aus kleinen Teilsummen und Teilkraften große Kraftausprägungen zu entwickeln weiß und die sich gerade in Deutschland in den letzten Jahren und Jahrzehnten außerordentlich vervollkommen hat. Die Bestände der deutschen Sparkassen werden auf etwa 10 bis 20 Milliarden beziffert. Das Vermögen der großen Arbeiterversicherungsträger im Jahre 1912 gibt die Reichsstatistik an: für die Krankenversicherung auf 362,4 Millionen Mark, für die Unfallversicherung auf 583,8 Millionen, für die Invaliden- und (seit 1912) Hinterbliebenenversicherung auf 1920 Millionen Mark. Die Lebensversicherungsgesellschaften verfügen über annähernd 5 Milliarden Mark Vermögen. Daran reihen sich die genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen, die zahllosen andern freien oder gesetzlichen Vereinigungen. Sie alle haben, soweit der Kriegszustand ihre finanziellen Kräfte nicht in anderer Weise erschöpfte, der Reichsanleihe zu ihrem überraschenden Erfolg verholfen.

Dieser hebt sich am besten hervor, wenn man die Gesamtsumme der Zeichnungen mit der einseitigen französischen Kriegsschuldigung vergleicht, die für ihre Zeit das höchste schien, das ein Großstaat noch ertragen konnte. Frankreich zahlte nach seinen Niederlagen von 1870/71 5 Milliarden Frank, das heißt wenig über 4 Milliarden Mark Kriegskosten an Deutschland. Dazu kamen noch für spätere Stundung 301,4 Millionen Frank Zinsen und rund 260 Millionen östliche Kriegsauslagen, davon 200 Millionen von Paris. Der Gesamtbetrag stellt sich auf 4459 Millionen Mark, wovon jedoch 260 Millionen in Abzug kamen, und zwar für die abgetretenen französischen Eisenbahnen in den künftigen deutschen Reichslanden Elsaß-Lothringen. Es blieben also rund 4200 Millionen Mark, die allmählich bis zum Jahre 1873 in Teilzahlungen, überwiegend in Noten und Wechseln, seitens Frankreichs beglichen wurden. Dieselbe Summe bringt jetzt ein Volk binnen wenigen Wochen in Bargeld oder dem Bargeld rechtlich gleichstehenden öffentlichen Zahlungsmitteln auf.

Daß der Zinsfuß für ein in schwere Kämpfe verwickeltes Gemeinwesen und für eine reine Kriegsanleihe kein ungünstig hoher ist, lehrt ein Vergleich mit andern Ländern, deren Geldmarkt augenblicklich nur von den internationalen Wirtschaftsstörungen beeinflusst ist. Die Stadt New York sah sich beispielweise gleichzeitig gezwungen, für die Einlösung fälliger alter Schulden (notes) eine neue Anleihe aufzunehmen. Noch anfangs dieses Jahres war es der Stadt gelungen, Fonds auf einer viereinviertelprozentigen Grundlage zu 102,10 pZt. unterzubringen. Die neuen 100 Millionen Dollar (400 Millionen Mark) hermag New York nur durch ein-, zwei- und dreijährige Zusage von 6 pZt. Zinsen aufzutreiben (57 Millionen Dollar-Notes mit einjähriger Laufzeit, 18 Millionen mit zwei- und 25 Millionen mit dreijähriger Laufzeit). Die wirtschaftliche Stellung Deutschlands zeigt sich also auch nach dieser Richtung als eine hervorragend feste und günstige.

Mag Schippel.

Nachdruck: Nach der als endgültig anzusehenden Feststellung sind 4 389 576 000 gezeichnet.

Die Gewerkschafts-Organisationen im Deutschen Reich im Jahre 1913.

II.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die ungünstige wirtschaftliche Lage des Jahres 1913 auch die Finanzen der Zentralverbände erheblich beeinflusst. Die Einnahmen blieben jedoch hiervon unberührt, wohl aber schnellten die Ausgaben der Verbände stark in die Höhe. Diese Steigerung ist zum erheblichsten Teile aus dem Konto der vermehrten Ausgaben für Unterstützungen zu sehen.

In der Höhe der Beitragsleistung hat sich gegen das Vorjahr wenig geändert. Soweit wie Verschiebungen in den Beitragsklassen eingetreten sind, erfolgten sie in aufsteigender Richtung.

Die Gesamteinnahme der Zentralverbände betrug im Jahre 1913 82 005 680. 1912 wurden dagegen insgesamt 80 288 675 vereinnahmt, so daß gegenüber dem Vorjahre die Einnahme sich um 1 717 005 erhöhte. Es wurden vereinnahmt an Eintrittsgeldern 851 251, Verbandsbeiträgen 86 267 542, örtlichen Beiträgen 9 772 868, Extrabeiträgen 48 025, Streikbeiträgen in Streikorten 162 047, Zinsen 2 437 920. Die sonstigen Einnahmen betrugen 2 970 918. Die Einnahme an Eintrittsgeldern ist um 118 806 geringer als 1912. Diese Mindereinnahme ist ein Zeichen dafür, daß durch die Wirtschaftskrise die Werbekraft der Gewerkschaften stark beeinträchtigt wurde. Die Einnahme an Verbandsbeiträgen ist dagegen um 1 785 491 gestiegen. Angesichts dieser erheblichen Vermehrung der Beitragsleistung werden unsere vereinsmäßigsten Gegner wohl beim besten Willen keinen Rückgang der Zentralverbände konstruieren können.

Die Gesamtausgaben der Zentralverbände sind, wie schon erwähnt wurde, gegenüber dem Vorjahre außerordentlich stark gestiegen. Es wurden verausgabt 1912 81 105 675. 1913 dagegen 74 804 982. Das ist eine Steigerung der Ausgaben um 13 700 287. In keinem der früheren Berichtsjahre ist eine gleich starke Vermehrung der Ausgaben zu verzeichnen. Annähernd schroffe Steigerungen erfolgten zwar auch in den Jahren 1906 und 1910 mit 11,9 und 11,8 Millionen Mark, doch kommt für beide Jahre auch eine gleichzeitige erhebliche Vermehrung der Mitglieder in Betracht. Und außerdem entfiel im Jahre 1910 die Mehrausgabe ausschließlich auf die in diesem Jahre stattgefundenen umfangreicheren wirtschaftlichen Kämpfe (Bauarbeiterkampf). Beide Momente fallen für 1913 fort. Es kommen von den Gesamtausgaben auf die einzelnen Posten folgende Summen:

Verbände	1913	1912
Reiseunterstützung	38	1 506 247
Umzugsunterstützung	84	481 127
Arbeitslosenunterstützung	42	11 532 930
Arbeitsunfähigen (Kranken-)Unterstützung	45	18 511 831
Invalidenunterstützung	8	559 766
Beihilfe in Sterbefällen	45	1 288 257
Beihilfe in Nothfällen	36	1 018 612
Unterstützung bei Streiks u. Aussperrungen im Beruf	45	16 079 254
Streiks in andern Berufen und im Ausland	48	525 502
Rechtschutz	46	407 046
Gewerkschaftenunterstützung	38	937 461
Verbandsorgan	47	2 802 882
Bibliotheken	30	324 299
Unterrichtskurse	26	85 778
Statistiken	16	147 583
Agitation	45	8 224 804
Druckschriften, Broschüren usw.	42	694 811
Stellenermittlung	20	141 384
Konferenzen und Generalversammlungen	46	770 871
Sonstige Zwecke	47	3 202 018
Beitrag an die Generalkommission	47	440 008
Beitrag zu internationalen Verbindungen	30	88 481
Beitrag an Kartelle und Sekretariate	42	1 549 001
Projektkosten	15	58 156
Verwaltungskosten der Hauptstelle (persönl.)	47	1 306 073
Verwaltungsmaterial	47	878 773
Verwaltungskosten der Bezirksstellen und Gaue	47	11 408 512

Nach vier Hauptgruppen geordnet wurden 1913 und 1912 verausgabt für:

	1913	1912
Bildungszwecke	8 360 037	8 220 911
Unterstützungszwecke	47 793 033	37 194 412
Agitation, Stellenermittlung, Generalversammlungen und Verbindungen	10 163 534	9 064 744
Verwaltung	13 688 358	11 625 608

Für Bildungszwecke, Agitation usw. und Verwaltung wurden 1913 zusammen 3 200 666 mehr aufgewendet als 1912. Von den 47 793 033, die für Unterstützungen verausgabt wurden, kommen 16 604 756 auf die Führung wirtschaftlicher Bewegungen und Kämpfe. Hierfür beträgt die Mehrausgabe 3 858 100. Sie ist besonders zurückzuführen auf die umfangreicheren Kämpfe der Holzarbeiter, Maler, Metallarbeiter und Transportarbeiter. Die Ausgabe für die übrigen Unterstützungen stieg jedoch gegen das Vorjahr um 6 740 521. Es wurde gezahlt an:

	1913	1912	gegen 1912
Reiseunterstützung	1 506 247	1 179 102	327 145
Arbeitslosenunterstützung	11 532 930	7 741 240	3 791 690
Krankenunterstützung	13 511 831	11 436 326	2 075 505
Nothfallunterstützung	1 018 612	515 846	502 766
Sonstige Unterstützungen	3 618 657	3 575 242	43 415
Zusammen	31 188 277	24 447 756	6 740 521

Die stärkste Steigerung der Ausgaben trat bei der Arbeitslosenunterstützung mit 3 791 690 ein. Dazu kommt

noch die um N 827 145 erfolgte Vermehrung der Reiseunterstützung. Auch die Ausgaben für Kranken- und Notfallunterstützung sind außerordentlich gestiegen. Alle diese Mehrausgaben sind ein Zeichen für die durch die neuere Wirtschaftskrise hervorgerufene Bedrängnis der Arbeiterschaft. Die auf jedes Mitglied entfallenden Durchschnittssätze an Ausgaben für Unterstützung überragen 1913 noch die des Krisenjahres 1908. Es betrug die Ausgabe für Unterstützungen pro Kopf der Mitglieder 1908 M 11,71, 1912 M 9,88 und 1913 M 12,28. Gegen das Vorjahr wuchs die Ausgabe um M 2,57.

Die vorstehenden Vergleiche lassen deutlich die hohen Anforderungen erkennen, die das Jahr 1913 an die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften stellte. Dank ihrer gesunden Finanzlage zeigten sich unsere Zentralverbände diesen starken Anforderungen durchaus gewachsen. Trotz der gewaltig gestiegenen Mehrausgaben, waren nur eine geringe Mehreinnahme gegenüberstand, war es noch möglich, den Vermögensbestand der gesamten Verbände von M 80 797 788 auf M 88 060 205 zu erhöhen.

Wie sich die Leistungsfähigkeit der Zentralverbände im Laufe der Jahre entwickelt hat, tritt recht deutlich vor Augen durch einen Vergleich der Einnahmen, Ausgaben und des Vermögensbestandes pro Kopf der Mitglieder in den einzelnen Jahren. Es betragen:

Table with 4 columns: Einnahmen pro Kopf der Mitglieder, Ausgaben pro Kopf der Mitglieder, Raffenvermögen pro Kopf der Mitglieder, and years from 1891 to 1913.

Die Tendenz der Entwicklung ist eine ständige Aufwärtsbewegung der Leistungsfähigkeit der Zentralverbände, die im Jahre 1913 zum höchsten Ausdruck kommt.

Arbeitsmarkt im Baugewerbe.

Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe bewahrte im Monat Juli im allgemeinen noch sein bisheriges Aussehen, da erst gegen Ende des Monats eine allgemeine Abflauung der Bau- und Sanft eintrat. Nach den Berichten der Arbeitsnachweise kamen im Juli auf je 100 offene Stellen 148,82 Arbeitssuchende gegen 145,87 im vorangegangenen Monat. In der Parallelliste des vergangenen Jahres hatte die Andrangsziffer in stärkerem Grade zugenommen: sie war von 185,88 im Juni auf 197,60 im Juli 1913 gestiegen. Mehrfach war in früheren Jahren im Juli eine Verminderung des Andrangs zu beobachten gewesen, so in den Jahren 1908 bis 1911. Die Ermäßigungen hatten sich jedoch zumest in recht engen Grenzen gehalten. In der nachstehenden Uebersicht ist die Andrangsziffer in den einzelnen Monaten der Jahre 1907 bis 1914 angegeben:

Table showing monthly unemployment figures from 1907 to 1914, with columns for month and year, and values for each month.

Von den einzelnen Berufsgruppen verzeichneten einige eine Besserung der Situation gegen den Vormonat, während sich bei andern eine Verschlechterung bemerkbar machte. Recht bedeutend ging die Andrangsziffer im Glasergewerbe zurück, nämlich von 149,20 im Juni auf 113,77 im Juli 1914. Ferner fand in der Gruppe Uebrige gelernte Berufe und insbesondere bei den Erdarbeitern, Baulagelöhnern, Handlangern eine Besserung der Arbeitsmarktlage statt. Im Glasergewerbe verschlechterte sich die Situation wiederum zusehend; nachdem schon im Vormonat die Andrangsziffer von 93,46 auf 131,91 gestiegen war. Es erfolgte im Berichtsmonat eine weitere Zunahme auf 148,48. In den einzelnen Berufsgruppen gestaltete sich die Andrangsziffer in den Monaten Juni und Juli der Jahre 1913 und 1914 wie folgt:

Table showing unemployment figures by profession group for June and July of 1913 and 1914.

Nach den Ergebnissen der Berichterstattung der Arbeitsnachweise war für die Gruppe Maurer, Püger, Stukkateure ein Gleichbleiben der Lage gegen den Vormonat zu konstatieren: die Andrangsziffer entfernte sich mit 148,96 nur wenig von dem vormonatlichen Stand, der 147,46 betragen hatte.

Bei den Zimmerern und Treppenmachern nahm die Andrangsziffer im Berichtsmonat einen höheren Stand ein als im Vormonat: sie ermittelte sich im Juli 1914 auf 160,19 gegen 145,42 im vergangenen Monat. In der

Parallelliste des Jahres 1913 ist die Andrangsziffer absolut betrachtet wesentlich höher gewesen als im laufenden Jahre. Wie schon erwähnt, macht die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage der Maler, Anstreicher, Lackierer weitere Fortschritte. Die Andrangsziffer stellte sich im Berichtsmonat auf 148,88 gegen 131,91 im Juni 1914; im Mai hatte das Angebot der Nachfrage nicht einmal genügt. Wegen des Vorjahr gestaltete sich die Situation in den meisten Landesstellen günstiger. Es waren dies folgende:

Table showing unemployment figures by region for June and July of 1913 and 1914.

In den übrigen Landesstellen war hingegen das Verhältnis von Angebot und Nachfrage ungünstiger als 1913:

Table showing unemployment figures by region for June and July of 1913 and 1914.

Aus unserm Beruf.

Hamburg. Ueber die Malerarbeiten am Hamburger Hauptbahnhof wurde die Sperre verhängt. An die Öffentlichkeit haben deshalb unsere Filiale und der Meisterverband ein Flugblatt gerichtet, in dem es heißt:

In Hamburg sind gegenwärtig über 800 Malergehilfen arbeitslos. Die meisten sind verheiratet. Sie haben schon seit Wochen für sich und ihre Familien keinen Verdienst. Verbände, Behörden und Private sind bemüht, die Kriegsnotlage zu mildern. Zu dem Zweck arbeitet man im Malergewerbe jetzt nur 5 bis 7 Stunden täglich. Am Hauptbahnhof nimmt man auf die Notlage keine Rücksicht. Es wird sogar zehn Stunden gearbeitet. Statt Malergehilfen werden hauptsächlich ungelernete und Gelegenheitsarbeiter beschäftigt. Im hamburgischen Malergewerbe sind durch Tarifvertrag 75 s bis 80 s Stundenlohn zu zahlen. Am Hauptbahnhof wird kaum mehr als die Hälfte bezahlt. Die Patriottische Gesellschaft hat sich bemüht, gelernte und verheiratete Gehilfen dort in Arbeit zu bringen. Ohne Erfolg. So wird die Kriegsnotlage von einem fremden Anstreichermeister ausgenutzt. Dieser empörende Zustand spielt sich vor aller Öffentlichkeit ab. Nicht aus Selbstsucht, sondern, um der schändlichen Ausnutzung zu begegnen, sehen wir uns genötigt, gemeinschaftlich die Sperre zu verhängen. Der bayerische Kriegsminister hat solchen Unternehmern, die die Arbeiter ohne drückende, einfache die Aufträge entzogen. Die Eisenbahnverwaltung erklärt: "Wie der Anstreichermeister Markus aus Dortmund die Arbeit fertigbringt, gehe sie nichts an."

Wir bitten um die Sympathie der Öffentlichkeit.

Gewerkschaftliches.

Der hohe Wert der Gewerkschaften wird, nun das Volk in Kriegsnot ist, auch von solcher Seite hervorgehoben, die uns sonst recht kühl behandelte. Der Professor Dr. Plenge in Münster i. W. richtete kürzlich an die Mitglieder des von ihm geleiteten Seminars eine Ansprache, worin er sich über die Gewerkschaften wie folgt ausließ:

„Was wird? Ueber allem, was zu fragen ist, steht die Frage: was wird nach dem Kriege? Wir müssen nicht nur Mut haben zum Kriege. Wir müssen Mut übrig behalten zur Arbeit, die nach dem Kriege kommt. Wir ist in diesen Tagen gesagt worden, wenn der Krieg verloren geht, ist Deutschland für immer vernichtet. Kommilitonen! Darauf antworten wir: „Noch lange nicht. Deutschland von neuem empor!“ Es ist eine merkwürdige Fügung, es ist eine Schicksalsfügung, die ich als solche von Herzen begrüße, daß wir für heute für die letzte Stunde unserer Semesterübungen die großen Gewerkschaftsorganisationen der deutschen Arbeiter zur Besprechung angefordert hatten. Sie haben die Statuten und Regulative, die Zeitungen und Berichte dieser Organisationen selber lesen können. Gewiß, wo ein Interessengegensatz der Natur der Sache nach herrschen muß, wird man sich über das Ausmaß der einzelnen Ziele und Bestrebungen von verschiedenen Standpunkten aus niemals vollkommen einigen können. Aber Sie werden das Vertrauen gewonnen haben, wer sozial aus eigener Kraft geschaffen hat, wer sich so selbst diszipliniert wie unsere deutschen Arbeiter in den Gewerkschaften, das sind Volksgenossen, mit denen wir uns alle auf die Dauer in nationaler Zusammenarbeit zusammenfinden können und müssen. Das gilt vom Kriege. Das gilt vor allem vom Wiederaufbau der Nation nach dem Kriege.“

Soweit Zeitungsberichte vorliegen, kann im wesentlichen nur ein Gefühl froher Genugtuung über die Haltung unserer Arbeiter bestehen. Möge der Krieg die Nation, die jetzt in so große Gegenätze zerfallen ist, zu gemeinsamer Arbeit dauernd zusammenschließen.“

Wenn nur nach dem Kriege auch allgemein so gestellt wird!

Gewerkschaftsmitglieder im Kriegsdienst. Die einzelnen Gewerkschaften stellen prozentual sehr unterschiedlich Mitglieder zum Kriegsdienst. Im allgemeinen ist der Prozentsatz ein ziemlich hoher, da die überaus große Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder sich im heerespflichtigen Alter befindet. Der Fleischerverband hat aber von allen Gewerkschaften unzweifelhaft den größten Prozentsatz der Mitglieder im Felde stehen. Nach einer statistischen Feststellung des Zentralvorstandes genannten Verbandes sind 55,4 pht. seiner Mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen.

Helft den Arbeitslosen! Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ kommt in seiner letzten Nummer in einem vierten Artikel über: „Der Krieg und die sozialen Pflichten“ auf die Zeichnung der deutschen Kriegsanleihe zu sprechen. Aus der Tatsache, daß in wenigen Tagen statt der erforderlichen zwei Milliarden Mark bereits 4,30 Milliarden gezeichnet waren (nach dem jetzt vorliegenden Endergebnis sind es sogar 4,46 Milliarden Mark) schlussfolgert es, daß es dem Reiche an opferwilligem Kapital nicht fehlt, selbst nicht inmitten des Weltkrieges. Das „Korrespondenzblatt“ macht daher den Vorschlag, aus dieser großen, die Kriegsanleihe weit überzeichneten Geldsumme größere Geldmittel zur Beschaffung von Arbeit zur Verfügung zu stellen. Es schreibt:

Angesichts dieser Erfahrungstatsache darf die Reichsregierung unbedenklich eine Milliarde für die wirtschaftliche Befestigung Deutschlands aufwenden und damit dem Widerstand unserer heimischen Volkswirtschaft gegenüber allen Versuchen Englands, sie zu schwächen, neue Kräfte zuführen. Was unsere Volkswirtschaft stärkt, erhöht zugleich unsere Wehrkraft und erleichtert unsfern auf belgischen, französischen und russischen Schlachtfeldern blutenden Heeren ihre harte Pflicht. Deshalb braucht der unmittelbaren Wehrkraft nichts entzogen zu werden; denn der Reichschatz wird ohnedies bereit sein, alles zu bewilligen, was die Verteidigung des Reiches erfordert.

Eine Milliarde für Arbeitsbeschaffung! Gäbe es eine bessere Antwort an England, das den Krieg auf längere Jahre hinauszuziehen droht?

Arbeiterversicherung.

Angestelltenversicherung während des Krieges. Von der Reichsversicherungsanstalt wird folgendes bekanntgegeben:

Für die zum Kriegsdienst einberufenen Angestellten und für die kriegsfreiwilligen Angestellten, bei denen eine Fortzahlung des Gehaltes durch die Arbeitgeber nicht erfolgt, sind Beiträge für die Angestelltenversicherung nicht zu leisten. Es ist jedoch zulässig und empfehlenswert, daß die Arbeitgeber auch während der Kriegszeit die Beiträge freiwillig weiter bezahlen. Die letzteren kommen den Angestellten bei der seinerzeitigen Gewährung von Ruhegeld sowie sonstigen Leistungen zugute. Ferner wird damit auch die Wartezeit abgekürzt. Bei der freiwilligen Versicherung dürfen auch Beiträge für eine niedrigere Gehaltsklasse als bisher entrichtet werden. Bei der Einzahlung der Beiträge ist dies auf den Uebersichtsformularen zu vermerken. Die Anwartschaft auf die Leistungen aus der Versicherung bleibt den Angestellten während des Dienstes im Heere und einer eventuellen Krankheit oder Verwundung erhalten. Nach einem Beschluß des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte müssen für diejenigen Angestellten, die ihr Gehalt während des Militärdienstes in früherer Höhe fortgezahlt erhalten oder einen Teil dieses Gehaltes weiter beziehen, die Versicherungsbeiträge geleistet werden. Die von den Arbeitgebern an die Ehefrauen und sonstigen Familienangehörigen gewährten Unterstützungen an Stelle des Gehaltes werden als Gehalt angesehen und verpflichten zur Beitragsleistung. Bei Gewährung von Teilbeträgen sind gelegentlich der nächsten Beitragszahlung die Veränderungen in den bisher verwendeten Uebersichtsformularen zu vermerken. Die zu entrichtenden Beiträge ermäßigen sich gemäß der niedrigeren Gehaltsklasse, in welche die Angestellten infolge der Lohnreduktion eintreten. Das gilt auch für diejenigen nach in Stellung befindlichen Angestellten, die auf Grund des Abschlusses eines neuen Dienstvertrages oder sonstiger Vereinbarungen ein niedrigeres Gehalt als bisher beziehen und damit in eine niedrigere Gehaltsklasse gelangen. Auch hier sind bei der der Veränderung folgenden Beitragszahlung in den Uebersichtsformularen die Namen der Angestellten mit den neuen Gehaltsklassen zu verzeichnen.

Gewerbe- und soziale Hygiene.

Zur Fürsorge für die Bleifranken gibt F. Schönfels in der Zeitschrift für angewandte Chemie eine beachtenswerte Anregung. Er fordert, daß die Bleifranken, die komplizierte Erkrankungen aufweisen und darum für ihren Beruf besonders ungeeignet sind, den Beruf wechseln sollen. Eventuell müßte dieser Berufswechsel mit staatlicher Subvention erfolgen. Die durch Bleivergiftung invalide Gewordenen sollen als Unfallfranke entschädigt werden.

Bei dem Umfang, den die Bleifrankheit besonders im Malergewerbe einnimmt, würden diese Maßnahmen gewiß zahlreichen Arbeitern von Nutzen sein. Eine durchgreifende Besserung wird nur dann erst zu konstatieren sein, wenn der Verwendung der giftigen Bleifarben auf geschicktem Wege Einhalt geboten wird.

Die Hygiene des Anstrichs. In der Zeitschrift „Farbe und Lack“ berichtet Henry A. Gardner über die Hygiene des Innenanstrichs. Die Art des Wandanstrichs ist für diejenigen, die sich für längere Zeit in einem geschlossenen Raum aufhalten müssen, in gesundheitlicher Beziehung von Bedeutung. Tapeten sind für viele Räume nicht zu empfehlen, da sie den Raum gut aufnehmen und für die Entwicklung von Bakterien einen guten Nährboden bilden. Als besonders unhygienisch werden Wasserfarben genannt. Ein hygienisch einwandfreier Wandanstrich in den Arbeitsräumen muß eine harte, trockene, elastische und undurchdringliche Oberfläche bilden, die mit Wasser oder einer antiseptischen Lösung gewaschen werden kann.

Sozialpolitisches.

Schadenersatz für Kriegsverwüstungen.

In Ostpreußen haben die Russen eine Menge Güter und Bauernhöfe zerstört, mancher Besitzer ist dadurch völlig ruiniert worden. Unter diesen Umständen ist die Frage der Entschädigung natürlich sehr aktuell geworden. Die staatliche und private Fürsorge lindern zwar das größte Elend, aber sie können den Betroffenen selbstverständlich nicht den erlittenen Schaden ersetzen. Diese Frage behandelt der § 35 des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 18. Juni 1873. Dort wird gesagt:

Für Leistungen, durch welche einzelne Bezirke, Gemeinden oder Personen außergewöhnlich belastet werden, sowie für alle durch den Krieg verursachten Beschädigungen an beweglichem und unbeweglichem Eigentum, welche nach den Vorschriften nicht oder nicht hinreichend entschädigt werden, wird der Umfang und die Höhe der etwa zu gewährenden Entschädigung und das Verfahren auf Feststellung derselben durch jedesmaliges Spezialgesetz des Reiches bestimmt.

Rechtsanwalt Dr. Seymann führt dazu im Berliner Tageblatt unter anderem aus:

Zur Regelung der Schadenersatzpflicht in Fällen wie dem vorliegenden ist daher ein besonderes Reichsgesetz erforderlich, das frühestens nach Zusammentritt des Reichstages erlassen werden kann. Dieses Gesetz wird aber mit Sicherheit erlassen werden, und es werden darin die erwahtenen Schäden, soweit sie sich auf den Verlust von beweglichen und unbeweglichen Gegenständen beziehen, entschädigt werden. Eine Entschädigung wegen des Verlustes an außenstehenden Forderungen wird jedoch wahrscheinlich nicht gewährt werden. Zur Feststellung des Schadens werden besondere Kommissionen gewählt werden, die in liberalster Weise den Geschädigten entgegenkommen und ihnen den Beweis der Höhe ihres Schadens möglichst erleichtern werden. Damit aber die Geschädigten nicht bis zur Durchführung dieses Reichsgesetzes zu warten brauchen, werden gegenwärtig bei den preussischen Staatsbehörden Verhandlungen gepflogen, die eine vorläufige teilweise Entschädigung durch eine preussische Anordnungsverordnung bezwecken. In sich ist, wie bemerkt, nicht der Staat, sondern nur das Reich entschädigungspflichtig. Die Ansprüche jetzt schon anzumelden, ist zwecklos. Sobald die gesetzlichen Bestimmungen getroffen sind, werden die Zeitungen alles Nötige wegen der Wahrung der Rechte der Geschädigten veröffentlicht. Sollte jemand aber schon jetzt seinen Schaden anmelden wollen, so erscheinen die Regierungspräsidenten als die zuständigen Instanzen, die die dorthin gerichteten Anmeldungen werden später wahrscheinlich berücksichtigt werden.

Es besteht daher für die Geschädigten die beste Aussicht, wenigstens wegen ihrer Vermögensverluste schadlos gehalten zu werden, und zwar selbstverständlich gleichgültig, ob ihnen derselbe durch den Feind oder auch durch unsere Truppen zugefügt wurde.

Fahrpreisermäßigung für Lazarettbesuche. Der preussische Eisenbahndirektor hat angeordnet, daß den Angehörigen der kranken oder verwundeten deutschen Krieger, die sich innerhalb Deutschlands in ärztlicher Pflege befinden, bei Fahrten zum Besuch ihrer Angehörigen eine Fahrpreisermäßigung gewährt wird. Diese soll in der zweiten, dritten und vierten Wagenklasse die Hälfte der gewöhnlichen Sätze betragen; bei Benutzung von Schnellzügen ist außerdem der tarifmäßige Zuschlag zu entrichten. Die Vergünstigung tritt in den nächsten Tagen für das Gesamtgebiet der deutschen Staatsbahnen, jedoch nur im Verkehr mit Stationen, die mehr als 50 km vom Ausgangspunkt der Reise entfernt sind, in Kraft. Als „Angehörige“ gelten die Eltern, Kinder, Geschwister, die Ehefrau und Verlobte des verwundeten oder kranken Kriegers. Wer die Fahrpreisermäßigung in Anspruch nehmen will, muß sich von der zuständigen Ortsbahnbetriebsbehörde einen Ausweis ausstellen lassen, bei dessen Vorlegung am Schalter der Abfahrtsstation er die Fahrkarte ausgetauscht erhält.

Kriegsunterstützung für uneheliche Kinder. Es besteht vielfach die Auffassung, daß nur die unehelichen Kinder Anspruch auf Zahlung der Kriegsunterstützung hätten, deren Väter bisher für den Unterhalt eingetroffen wären. Diese Meinung ist falsch. Die erste Forderung der

Regierungsvorlage an den Reichstag bestimmte allerdings, die Kriegsunterstützung sollte den unehelichen Kindern des Eingezogenen gezahlt werden, „insofern er als Vater seiner Verpflichtung zur Gewährung des Unterhalts nachgekommen ist“. Hier war also Bedingung, daß der Vater tatsächlich Mimente gezahlt hatte. Die Regierungsvorlage wurde aber noch im letzten Augenblick geändert, die neue Fassung jedoch ist fast nicht bekannt geworden. Nach dem jetzt geltenden Gesetz steht die Unterstützung den unehelichen Kindern des Eingezogenen zu, „insofern seine Verpflichtung als Vater zur Gewährung des Unterhalts festgestellt ist“. Es bekommen also alle unehelichen Kinder die Kriegsunterstützung, deren jetzt im Felde stehender Erzeuger die Vaterschaft entweder gerichtlich oder notariell anerkannt hat oder als Vater zur Unterhaltszahlung verurteilt ist. Es braucht nicht nachgewiesen zu werden, daß der Vater wirklich gezahlt hat.

Vom Ausland.

Schweiz. Der Zentralverband der Maler und Gipser hat das Erscheinen seines vierzehntägig erscheinenden Organs „Die Arbeit“ im August eingestellt. Da er vorher schon unter der Bau- und Wirtschaftskrise stark gelitten hatte, ist er von den Kriegswirren, die ihm 80 pSt. seiner Mitglieder kosteten, um so empfindlicher betroffen. Bekanntlich haben erst am 15. Juli unsere Schweizer Kollegen in der Urabstimmung die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen.

Die ungarischen Gewerkschaften während des Krieges. Der ungarische Gewerkschaftsrat erläßt folgenden Aufruf an die organisierte Arbeiterschaft:

Seitdem es in Ungarn Gewerkschaften gibt, hat die organisierte Arbeiterschaft noch nicht solche schwere Zeiten durchlebt wie jetzt. Sie haben die durch die langwierige wirtschaftliche Krise hervorgerufenen Uebel noch nicht überstanden, als Zehntausende der Arbeiter einrücken mußten und die Betriebe wegen Arbeitsmangels Tausende ihrer Angestellten entließen. Aber selbst unter diesen traurigen Verhältnissen harret der Gewerkschaften die große Aufgabe, daß sie einerseits die Familien der Eingezogenen, andererseits jedoch die große Zahl der Arbeitslosen unterstützen. Es muß und kann dies auch erfüllt werden, wenn all jene, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen arbeiten, ihren Organisationen treu bleiben und sich um diese scharen.

Vor allem eruchen wir die arbeitenden Genossen, daß sie die Beiträge an die Gewerkschaften pünktlich abliefern, weil sie hierdurch die Unterstützung der Arbeitslosen ermöglichen. Jeder zu Hause gebliebene Arbeiter halte treu zu seiner Organisation und trachte danach, dieser neue Mitglieder zuzuführen. Es ist ferner notwendig, daß die organisierten Arbeiter zur Unterstützung der Familien der Eingezogenen separate Opfer bringen. Die außerordentlichen Verhältnisse beanspruchen außerordentliche Opferwilligkeit. Sei das Leben für den zu Hause gebliebenen Arbeiter noch so schwer, sei die Teuerung noch so unerträglich, die Kinder unserer eingezogenen Brüder dürfen wir nicht hungern lassen. Die Steuer soll eine systematische sein, und zwar in der Weise, daß jeder in Arbeit Stehende einen gewissen Prozentsatz seines Verdienstes für die Entbehrenden spendet!

Arbeiter! Genossen! Der Ausbau der Gewerkschaften erfordert eine lange, mühevolle Arbeit. Durch sie gelangten Zehntausende der Arbeiter zu höheren Löhnen und zu kürzerer Arbeitszeit. Wenn wir nicht wollen, daß all unsere Arbeit und all unsere Erfolge verloren gehen sollen, dann müssen wir die Gewerkschaften unter allen Umständen aufrechterhalten und die Entbehrenden unterstützen.

Verschiedenes.

An Deutschlands Proletariat! Euch Männern der schweren Arbeit gebührt der erste Dank! Gott gab euch nichts als ein mutiges Herz und kraftvolle Arme, ein liebendes Weib und schutzlose Kinder!

Und alles, alles geht ihr hin für alle — heiliger Dankbarkeit voll für das, was das Vaterland auch dem Aermsten nicht verneht: für des Vaterlandes Geißel, den ihr denken durftet, für des Vaterlandes große Erzieher, die euch Ehrfurcht und Menschenliebe lehrten, für des Vaterlandes Väter, die ihr fingen durftet, für des Vaterlandes Luft, die ihr atmen durftet, und für des Vaterlandes Himmel, der über euch blaut!

Heil euch! rufen wir euch zu, und Tränen ersticken unsere Stimme. Heil euch, ihr Begnadeten, die ihr alle Kränkungen, alle Demütigungen und allen Hohn vergabt, denen der Arme auf Erden nie entgeht! Heil euch! Morgenrot spielt um eure Stirnen! Ihr tragt aufs Schlachtfeld hinaus den größeren Sieg!

Ihr konntet vergeben, ihr konntet vergessen! Und wenn es einen Gott gibt, und wenn er so ist, wie ihn des Menschen Seele ahnt, die aus Dankbarkeit den Weg zu ihm fand, dann wird dieser Gott den Sieg an unsere Fahnen heften: Denn Kämpfer stehen bei uns, die sich selber besiegten, bevor sie noch gegen den Feind zogen.

Karl Röbel im „Simplicissimus“.

Literarisches.

50 Jahre Konsumverein in Magdeburg. Der Konsumverein für Magdeburg und Umgegend e. G. m. b. H., einer der wenigen Genossenschaften, die in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von der Arbeiterkassette errichtet worden sind, hat anlässlich seines fünfzigjährigen Bestehens eine inhaltlich wie auch drucktechnisch vornehm ausgestattete Zeitschrift herausgegeben. Die Schrift gibt ein anschauliches Bild von dem Werden und Gedeihen des Vereins, der im Laufe seines Bestehens mancherlei Hindernisse hat bestehen, bis in die neueste Zeit mancherlei Angriffe der Gegner in schweren Kämpfen hat abwehren müssen. Aber trotz aller Fährnisse hat sich der Konsumverein durchgerungen und steht heute gefestigter denn je da. Das Vertrauen, das Tausende von Arbeitern ihm entgegengebracht, hat sich überreich belohnt. Der Mitgliederbestand zählte im letzten Jahre 18694; der Umsatz betrug 5,7 Millionen Mark. Insgesamt beschäftigt der Verein 488 Personen. Mit Stolz kann die Magdeburger organisierte Arbeiterschaft auf diesen Jubiläumstag zurückblicken; denn ihr Wert ist es, das sich so erfreulich entwickelt hat. Möge auch weiterhin der Verein blühen und gedeihen.

Die Meeresfängerere. Leben, Jagd und Bedeutung für den menschlichen Haushalt. Von Dr. Ernst Hentschel, Hamburg. Mit 40 Abbildungen. Broschüre M. 1, gebunden M. 1,60; für Mitglieder der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft 75 pSt., gebunden M. 1,20. Deutsche Naturwissenschaftliche Gesellschaft, Geschäftsstelle: Theod. Thomas Verlag, Leipzig.

In diesem Werke wird von einem berufenen Fachmann (Dr. Ernst Hentschel ist Vorstand der Abteilung für Protozoen usw. am Naturhistorischen Museum in Hamburg) der Versuch gemacht, das heutige Wissen von den Meeresfängern, das in unserer Zeit durch die verschiedenen ozeanischen Expeditionen in vielen Richtungen beträchtlich zugenommen hat, in einem knapp gefaßten, aber erschöpfenden Bande zusammenzustellen. Fast unmerklich wird durch die bloße Lektüre das Wissen erweitert, so daß man das Buch nicht ohne Nutzen aus der Hand legen kann. In fünf reich mit Bildern geschmückten Kapiteln werden die Meeresfängerere und ihre Verbreitung, ihr Körperbau und ihre Anpassungen an die Verhältnisse, ihre Lebensweise und ihre Vorgesichte, endlich auch die Bedeutung behandelt, die sie für den menschlichen Haushalt haben. Wir können unsern Lesern das Studium dieser gut ausgestatteten Schrift nur empfehlen. Den Mitgliedern der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft wird das Werk als eine der fünf Buchbeigaben kostenlos geliefert.

Briefkasten.

D. Die „Westdeutsche Malerzeitung“ erscheint seit drei Wochen wieder.

Vereinstell. Bekanntmachungen.

Maleralender 1915.

Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes. Wir machen die Verwaltungen der Filialen darauf aufmerksam, daß in den nächsten Wochen der neue Maleralender erscheinen wird und ersuchen, die Bestellungen vorzunehmen, damit beim Erscheinen mit dem Versand sofort begonnen werden kann. Preis 50 pSt. pro Exemplar. Bei Bestellung von mindestens zehn Exemplaren kostet der Kalender pro Stück 45 pSt. Einzelbestellungen ist 10 pSt. Porto beizufügen.

Der Verbandsvorstand.

Bericht der Hauptkasse vom 28. September bis 3. Oktober.

Eingefandt haben für die Hauptkasse: Kiel M. 400, Braunschweig 400, Wilhelmshaven 200, Cuxhaven 40, Bremen 800.

Material wurde versandt (B = Beitragsmarken, D = Duplikatmarken, V = Vorkasse): Wschaffenburg 200 B & 70 V, Bremen 100 V & 80. Breslau 2000 B & 80, 10 D. Coburg 200 B & 70. Grefeld 100 V & 50. Cuxhaven 200 B & 80. Dessau 400 B & 80. Dortmund 400 V & 80. Dresden 10 000 B & 80. Düsseldorf 2000 B & 80. Göttingen 200 B & 80. Heilbronn 1200 B & 75. Hirschberg 200 B & 70. 10 D. Kaiserslautern 200 B & 70. Königsberg 400 V & 50. Saarbrücken 200 V & 50, 200 B & 80. Stralsund 50 V & 45.

Die Woche vom 11. bis 17. Oktober ist die 41. Beitragswoche.

D. Wenster, Kassierer.

Sterbetafel.

Dresden. Am 24. September verschied nach langer Krankheit unser Kollege Richard Kugler, geboren am 12. Mai 1884 in Neustadt im Alter von 30 Jahren.

Ehre feinem Andenken!

Schule für Holz- und Marmoralelei
von **Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5**
Beginn 15. Oktober :: Bestimmungen kostenlos



= Anerkannt beste Schule für Dekorationsmaler =

Schule für Holz- u. Marmoralelei
C. Christen, Hamburg 24, Alandstr. 67
Prospekte gratis

Düsseldorfer Malerschule
für Dekorationsmaler.
Bekannteste Schule. — Höchste prämiiert.
Prospekte frei.
Heinr. Weischede, Düsseldorf-Oberkassel, Oberkasselerstraße 15.

Maler-Mäntel

110	120	130 cm lang
4,50	5,20	5,40

Gelen M. 2, —, Drell-Jacken 2,25, Drell-Gelen 3, —, Hüten —, 40, Messel-Jacken 2,25
Oberweizen bitten anzugehen.

D. Wurzel & Co., Berlin
Brüderstraße 13, 1. Et.
Schnitt-Gerte-Apparat, schnell und sicher.
Preis M. 1,50. Zürich: Immerh. 20 Zagen.
G. Rickmann, Hamburg 22, Geismannstr. 8.

Maler-Mäntel, weltberühmt in Sitz, Haltbarkeit u. Schmiegt.
Direkter Versand an jedermann ab Fabrik.
Lassen Sie sich meine Preisliste kommen.
Emil Hohlfeldt, Spez.-Fabr. f. Berufs-Bekl. Dresden-N., Ritterstr. 2/4.

Schablonenstanzeisen, runde, ovale, gebogene Stanzeisen. 1 Satz (40 Eisen) M. 12.
Verlangen Sie Schnittprobe von Emil Käsner, Dresden-N., Löbauer Straße 18.
Der heutigen Nummer liegt Nr. 40 des „Correspondenzblattes“ bei.